

Verlegung der Aufstellung der Stadtratskandidat*innen

Die Stadtversammlung möge beschließen:

- 1. Die Aufstellung der Kandidaten für die Stadtratswahl wird zur Verbesserung der Chancengleichheit unter den Kandidat*innen um mindestens zwei Wochen verschoben. Die Kandidatenaufstellung darf nicht vor der rechtsstaatlichen Behandlung aller Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm erfolgen.**
- 2. Die Stadtversammlung vom 13./14. September 2019 wird wegen der verbleibenden Tagesordnungspunkte durchgeführt. Vor allem können die ohne weiteren Antrag zwingend auf die Tagesordnung zu setzenden satzungswidrig noch nicht behandelten Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm zur Debatte und Abstimmung gebracht werden.**
- 3. Die bisher dürftigen Vorstellungsmöglichkeiten für die Bewerber*innen auf der dafür eingerichteten Plattform sind im Sinn der Chancengleichheit wesentlich zu erweitern.**

Begründung:

Die Vorbereitung der Aufstellung der Stadtratsliste ist gewollt oder aus fehlendem Verständnis so gestaltet worden, daß die im Kreisverband bekannten Bewerber*innen gegenüber weniger bekannten Bewerber*innen nicht nur deshalb, sondern erst richtig durch zusätzliche Hürden und kleinliche sinnentleerte Einschränkungen in Nachteil geraten sind.

Ein Grundübel ist, daß seit Jahren so wenig Stadtversammlungen anberaumt worden waren, daß für inhaltliche Punkte keine Zeit und Geduld mehr geblieben ist, bei denen nebenbei ein gegenseitiges Kennenlernen gefördert worden wäre. Auch wenn noch Zeit für die Behandlung von Anträgen verblieben wäre, haben es der Stadtvorstand und das von ihm handverlesene Präsidium verstanden, sie nicht zu behandeln. Diese herabwürdigende Behandlung führte dazu, daß sich kaum jemand mehr die demütigenden Folgen für Antragsteller antun wollte.

Viele in den Bezirksausschüssen und Ortsverbänden mit voller Kraft und Leidenschaft erfolgreich wirkende Mitglieder und auch die vielen in den letzten Jahren eingetretenen hoch motivierten und begeisternd kompetenten, idealistisch gesinnten Mitglieder sind in der stadtweiten Basis unbekannt geblieben und ebenso bedauerlich sind andererseits ihnen die meisten Basismitglieder unbekannt.

Darüber hinaus fällt auf, daß die Bewerbungen für die Stadtratsliste erst Ende August zwei Wochen vor der Aufstellungsversammlung online gestellt wurden. Die für die Bewerbungen eingerichtete Plattform wurde - soweit für mich überblickbar - in den Aussendungen des Stadtvorstands nur einmal genannt und war auf der Homepage des Stadtverbands überhaupt nicht zu finden. Obwohl die Elektronik endlos Platz für die eigene Vorstellung der Bewerber*innen bieten würde und ein immenser Informationsbedarf für eine den hohen Anforderungen entsprechende Auswahl der Bewerber*innen besteht, sind den Bewerbungen enge, unglaublich engherzige Grenzen gesetzt. Sogar die volle Nutzung der verfügbaren drei halben Zeilen für die Darstellung der Schwerpunkte wird durch die ebenso pedantische wie von Spieltrieb getragene Begrenzung auf zwei Worte verhindert.. So etwas kann nur Leuten einfallen, die nur noch von dem Ziel getrieben werden, Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen und als unsere Volksvertreter für viele bekmesserische Probleme sorgen werden. Die erfreuliche Jugendlichkeit unseres Stadtvorsitzenden scheint vor Pedanterie nicht zu bewahren, die schon bei kompromisslosen Verteidigung der überaus strengen, eigenwilligen Gliederung des Programms zu beobachten war. Für den laufenden Text der Kurzbeschreibung stehen nur 200 Zeichen und für die „lange“ Vorstellung nur eine Seite zur Verfügung. Die Begrenzung auf eine Seite mag für die Tischvorlage auf Papier hinnehmbar sein, nicht aber bei der Darstellung mit den Möglichkeiten der

elektronischen Datenbearbeitung, für die sich gerade die Grünen sonst stark machen.

Für die Interessen derjenigen, die sich diese ätzende Ausgrenzung ausgedacht haben, können die Vorstellungsmöglichkeiten gar nicht genug eingeschränkt sein, denn sie sind allen bekannt und hätten mit mehr Platz noch dazu überflüssige Plage und vielleicht sogar große Schwierigkeiten, mehr als eine Seite mit ihren vielleicht traurig knappen Visionen zu füllen.

Das Kommunalwahlprogramm wird bis zur Aufstellungsversammlung noch nicht fertig gestellt sein. Angesichts des hektischen Verlaufs der das Programm fassenden Stadtversammlung und der vielen ohne Diskussion übernommenen Änderungen, ist der Inhalt des Programms in diesem halbfertigen Zustand niemand umfassend bekannt.

Eine Reihe von satzungswidrig nicht behandelten, dem Klimanotstand mit der überlebensnotwendigen Konsequenz Rechnung tragenden Änderungsanträgen steht noch unbehandelt auf der Tagesordnung, weil das Ausschlusskriterium des Fehlens von Unterstützern satzungswidrig war.

Es wäre ein großer Fehler, auf der Grundlage eines nicht fertigen, es bisher allen recht machenden – selbst mit der CSU koalitionsfähigen - Wahlprogramms festzulegen, wer uns in den nächsten sechs Jahren im Stadtrat vertreten will und vertreten darf, ohne zu wissen, wie harmlos oder wie engagiert das Wahlprogramm das politische Handeln vorgeben wird, was schon bei Verhandlungen mit möglichen „Koalitionspartnern“ entscheidend sein wird.

Es sollte sich nicht wiederholen, daß eine wenig motivierte und wenig engagierte Fraktion die schöne Chance einer Koalition mit SPD und ÖDP ausschlägt und damit eine Münchner GroKo in Kauf nimmt, weil sie aus fehlendem ökologischen Grundverständnis, Überblick und Einblick gegen einen nahen Kohleausstieg ist.

Den Vogel schoss unsere Stadtratsfraktion mit der Verweigerung der Unterstützung des Bürgerbegehrens „Raus aus der Steinkohle“ ab - bis die Arbeit von dem Zwerg ÖDP getan war.

Wir sollten keine Mühe und keinen Zeitaufwand scheuen, um möglichst nur Kandidat*innen mit einem erkennbaren ausgeprägten ökologischen und demokratischen Grundverständnis und einem entsprechenden Problembewusstsein zur Wahl stellen zu können.

Alle von den Bewerber*innen in den kurzen Vorstellungen vertretenen, zweifellos wichtigen Partikularinteressen haben nur dann einen Sinn, wenn die Erde bewohnbar bleibt. Auch deshalb müssen alle Bewerber*innen noch die Gelegenheit bekommen, dazu ausgiebig Stellung zu nehmen, denn der bisher vorgegebene minimale Raum hat ja nur drei Schwerpunkte „erlaubt“.

Bei der Auswahl der Stadtratskandidat*innen müssen die existentiellen Probleme die tragende Rolle spielen, zum Beispiel die Frage der weiteren Ausweisung von Gewerbeflächen angesichts des gigantischen Überhangs von Arbeitsplätzen gegenüber den Wohnmöglichkeiten und die unerträgliche Zunahme des Autoverkehrs.

Allein der Antrag auf Durchsetzung der gerichtlichen Fahrverbote für bestimmte Dieselfahrzeuge blieb auf Initiative des Stadtvorstands viermal unbehandelt. Die Fraktion hat sich lieber der Vermeidung von Fahrverboten durch völlig unzureichende und zu spät kommende Maßnahmen gewidmet. Das muß den Eindruck erwecken, als wären den Grünen die Interessen der Autoindustrie und der betrogenen, aber komfortabel zum Schadensersatz berechtigten Autokäufer wichtiger als das Recht der Anwohner auf Gesundheit und Leben. 12000 Tote an den Folgen der kriminellen Manipulationen an den Motoren sind gerichtlich festgestellt. Wollen die Grünen wirklich über Leichen gehen ?

Der Entwurf des Kommunalwahlprogramms lag mehrheitlich in Händen von Mandats- und Funktionsträgern. Selbst die Aufnahme von zwei Vertretern der Ortsverbände in das Leitungsteam war auf engagierten Antrag der künftigen Oberbürgermeisterin abgelehnt worden.

Dieser GO-Antrag wird gestellt von Alfred Mayer, OV Berg am Laim/Trudering/Messestadt-Riem